

Vorlage

| | |
|------------------|----------------------------------|
| Drucksachen-Nr.: | FV/002/2019/Linke |
| Einreicher: | Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau |

| Beratungsfolge | Status | Termin | Für | Gegen | Enthaltung | Bestätigung |
|----------------|------------|------------|-----|-------|------------|-------------|
| Stadtrat | öffentlich | 13.03.2019 | | | | |

Titel:

Aussetzung von Straßenausbaubeiträgen

Beschluss:

Die Erhebung von einmaligen Straßenausbaubeiträgen im Gebiet der Stadt Dessau-Roßlau gemäß Satzung vom 10.12.2018 veröffentlicht im Amtsblatt Ausgabe 2/2009 vom 31.01.2009 wird bis zur Entscheidung im Landtag von Sachsen-Anhalt und der endgültigen Verabschiedung der Änderung des Kommunalabgabegesetzes mit sofortiger Wirkung ausgesetzt. Dies gilt sowohl für begonnene Ausbaumaßnahmen und soll bei der Auslegung von Planungsunterlagen für zukünftige Projekte Berücksichtigung finden.

| | |
|---|--|
| Gesetzliche Grundlagen: | |
| Bereits gefasste und/oder zu ändernde Beschlüsse: | |
| Vorliegende Gutachten und/oder Stellungnahmen: | |
| Hinweise zur Veröffentlichung: | |

Relevanz mit Leitbild

| Handlungsfeld | | Ziel-Nummer |
|---|-------------------------------------|-------------|
| Wirtschaft, Tourismus, Bildung und Wissenschaft | <input type="checkbox"/> | |
| Kultur, Freizeit und Sport | <input type="checkbox"/> | |
| Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr | <input type="checkbox"/> | |
| Handel und Versorgung | <input type="checkbox"/> | |
| Landschaft und Umwelt | <input type="checkbox"/> | |
| Soziales Miteinander | <input checked="" type="checkbox"/> | |
| Vorlage nicht leitbildrelevant | <input type="checkbox"/> | |

Begründung: siehe Anlage 1

Für den Einreicher:

Ralf Schönemann
Fraktionsvorsitzender der Fraktion Die Linke

beschlossen im Stadtrat am:

Lothar Ehm
Vorsitzender des Stadtrates

Frank Hoffmann
1. Stellvertreter

Angelika Storz
2. Stellvertreter

Anlage 1:

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen (SAB) ist in den vergangenen Jahren auf stetig wachsende Kritik gestoßen. Von vielen Bürgerinnen und Bürger wird die gegenwärtige Beitragsfinanzierung von SAB mit dem Argument, die Erneuerung oder Verbesserung einer Straße käme nicht nur den Beitragspflichtigen, sondern vielmehr der Allgemeinheit zugute, als ungerecht empfunden. Forderungen nach einer Finanzierung ohne unmittelbare finanzielle Beteiligung der Anlieger bestehen seit Jahren. Mitunter stellen Beitragsforderungen mit teilweise enormen Summen die Beitragspflichtigen vor existentielle Probleme.

In Baden-Württemberg und Berlin werden keine SAB mehr erhoben. Die Regierung des Freistaates Bayern beschloss im Juni 2018 die vollständige Abschaffung sämtlicher SAB, gültig rückwirkend zum 1. Januar 2018. Die Thüringer Landesregierung hat die Abschaffung der SAB zum 1. Januar 2019 auf den Weg gebracht.

Die Fraktion DIE LINKE hat in der Landtagssitzung am 1. Februar 2019 mit Drucksache 7/3867 einen Antrag eingebracht, Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und ein Beitragsmoratorium vorzulegen. Der Antrag wurde zur federführenden Beratung in den Innenausschuss und zur Mitberatung in den Finanzausschuss sowie in den Ausschuss für Landesentwicklung und Verkehr überwiesen.

Da der Prozess der Entscheidung im Landtag von Sachsen-Anhalt einige Zeit in Anspruch nehmen wird, beantragen wir vorsorglich unseren Beschluss.